

An alle

Fachschaften der THD

MSB - Spartakus THD 2 5 83

Liebe Fachschafter,

am Montag, 9.5.83 bis Dienstag, den 10.5.83 findet hier an der THD die Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz statt.

Thema: Hochschule und technologischer Wandel.

Die WRK ist ein Gremium, in dem verhoffentlich in der BRD kaum Bildungspolitik gemacht werden kann. Entsprechend sind auf der Rednerliste außer "Größen" aus Wirtschaft und Hochschule auch allzu bekannte Gesichter wie Dorothee Willms und Helmut Kohl vertreten, sowie Leute aus dem Bildungsministerium des Bundes. Studentische Beiträge hingegen sind nicht vorgesehen....

Dieses Ereignis könnte für uns eine gute Möglichkeit sein selbst aus unserem politischen Winterschlag zu erwachen und auch viele unserer schlafenden Kommilitonen aufzuwecken, schließlich wird dort im Auditorium Maximum der THD über nichts geringeres verhandelt werden - als über die "Wende" in der Bildungspolitik deren für uns sichtbarstes Zeichen die Einführung von Studiengebühren für alle ist. Wie und wann haben die Bonner noch nicht so genau rausgelassen. Sicher ist - daß. Sie wollen die Reste der WRK, die sich noch mehr oder weniger sträuben sicherlich von ihrer Konzeption überzeugen...

Wir meinen, daß ein studentisches "Begleitprogramm" zur WRK stattfinden müßte, was einmal die Kommilitonen über bestehende Vorstellungen und Ziele der "Wende-Politiker" informiert und zum anderen der WRK und der massenhaft anwesenden Presse unsere Vorstellungen zB zu Studiengebühren, Eliteuniversität, zur "amerikanisierung" der Hochschule in aller Deutlichkeit nahebringt.

Der ASTA will bis zum Donnerstag Vorschläge erarbeiten, dasselbe werden wir tun und fordern euch auch dazu auf.

Wir schlagen vor, uns alle am Donnerstag den 5.5.83, 1600h zu treffen, um alle bestehenden Aktionsvorschläge zu beraten und ein gemeinsames Vorgehen zu entwickeln. Treffpunkt ist im ASTA.

Von
Wir fänden es toll, wenn als eine Aktion die beigelegte Fuldaer "Initiative" am Montag und Dienstag von möglichst vielen Studenten und Rektoren unterschrieben wird. Der ASTA wird diese "Initiative" voraussichtlich als Petition in die WRK zur Abstimmung einbringen. Also diskutiert und kommt am Donnerstag zum Koordinationstreffen!

Euer MSB

Kontakt (Wenn ihr Informationen u.dgl braucht oder habt....)
Christian Böhme, Schloßgartenplatz 7, 79262

INITIATIVE

" Für Chancengleichheit im Bildungswesen
- gegen BAFÜG- Kahlschlag und Studiengebühren "

Die Unterzeichner fordern von der Bundesregierung:

- eine Erklärung, daß auf die Einführung von Studiengebühren verzichtet wird.
- Rücknahme der im Dezember 1982 gefaßten BAFÜG-Beschlüsse:
 - Keine Ströichung beim Schüler- BAFÜG
 - Keine Umstellung des Studenten- BAFÜG auf Volldarlehen
 - Keine Einschränkung der Förderung für den Zweiten Bildungsweg

Die Unterzeichner fordern von der Hessischen Landesregierung und dem Landtag:

- Eine klare Ablehnung und Aktivitäten gegen jegliche Pläne zur Einführung von Studiengebühren
- Keine Kürzung der Landesmittel für Ausbildungsförderung sondern,
 - sofortige Schaffung von Notfonds für die vom Abbruch der Ausbildung bedrohten Schüler und Studenten,
 - zahlung des Länderanteiles beim Studenten-BAFÜG als nichtrückzahlbares Stipendium,

als erste Schritte zur Verhinderung der vollständigen Umsetzung der unsozialen BAFÜG-Beschlüsse des Dez. 1982.

- Schaffung einer hessischen Ausbildungsförderung, die mindestens den alten Umfang der Förderung von Schülern, Studenten und Studierenden an Einrichtungen des Zweiten Bildungswesens gewährleistet.

Wir fordern eine öffentliche Anhörung der Betroffenen durch die Landesparteien.

Wir fordern eine umfassende Behandlung der Themen BAFÜG und Studiengebühren im Landesparlament bis zum Juni 1983.

Eine entsprechende Gesetzesinitiative im Landtag muß sofort eingeleitet werden, weil ab August die Betroffenen vor der Situation stehen, daß ihr Lebensunterhalt während der Ausbildung nicht mehr abgesichert ist.

Erstunterzeichner: Josef Dehler, Rektor der Fachhochschule Fulda
ASTA, der Fachhochschule Fulda

Name	Anschrift	Funktion	Unterschrift
------	-----------	----------	--------------

HOCHSCHULE
UND
TECHNOLOGISCHER WANDEL

TAGUNGSPROGRAMM

- Hinweise auf An- und Abfahrten im Rahmenprogramm -

Montag, den 9. Mai 1983

10.00 - 12.00 Uhr **Eröffnungssitzung**

Auditorium
Maximum
Zentralgebäude
der TH Darmstadt

Begrüßung der Gäste und Einführung
zum Thema der Jahresversammlung

HOCHSCHULE UND
TECHNOLOGISCHER WANDEL

Professor Dr. iur. George Turner
Präsident der
Westdeutschen Rektorenkonferenz
Präsident der Universität Hohenheim

Grüßworte

Professor Dr. phil. Helmut Böhme
Präsident der
Technischen Hochschule Darmstadt

Günther Metzger
Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt

Ansprachen

Holger Börner
Hessischer Ministerpräsident

Dr. phil. Helmut Kohl
Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Vortrag

Professor Dr. h.c. Hans L. Merkle
Vorsitzender der Geschäftsführung
der Robert-Bosch-GmbH., Stuttgart:

Hochschule zwischen
technologischem Wandel und
sozialer Stabilität

anschließend
ca. 12.15 Uhr
Residenzschloß

13.30 Uhr
Mensa
am Zentralgebäude
der TH Darmstadt

Empfang
durch die Hessische Landesregierung

Gemeinsames Mittagessen

14.30 Uhr
Horsaal 53
Zentralgebäude
der TH Darmstadt

Plenarsitzung
DER BEITRAG DER HOCHSCHULE
ZUR TECHNISCHEN ENTWICKLUNG

Kurzreferate

Professor Dr. rer. pol. Hans-Jürgen Krupp
Präsident des Deutschen Instituts
für Wirtschaftsforschung, Berlin

Technische Ausbildung und
wirtschaftlicher Strukturwandel

Dr.-Ing. Herbert Gassert
Vorsitzender des Vorstandes
der Brown, Boverie & Cie AG., Mannheim

Partnerschaft von
Industrie und Wissenschaft

Dr. rer. pol. Günter Friedrichs
Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt

Gewerkschaften - Hochschule -
Technischer Wandel

Professor Dr. rer. nat. Gisbert zu Putlitz
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
der Großforschungseinrichtungen;
Wissenschaftl.-technischer Geschäftsführer
der Gesellschaft für Schwerionenforschung,
Darmstadt

Hochschule und Großforschung -
Wechselspiel fruchtbarer
Zusammenarbeit

Professor Dr.-Ing. Gerhard Pahl
Vizepräsident der
Deutschen Forschungsgemeinschaft;
Technische Hochschule Darmstadt

Qualität und Kooperation -
Beitrag für die Zukunft

15.45 Uhr Kaffeepause

16.15 - 18.00 Uhr **Plenardiskussion**

19.30 Uhr
Maschinenbauhalle
der TH Darmstadt
auf der Lichtwiese
(Rückseite Gebäude 75)
Petersonstraße 30

Rustikales Buffet in der Maschinenbauhalle
mit künstlerischem und wissenschaftlichem
Beiprogramm

Dienstag, den 10. Mai 1983

9.00 Uhr
Horsaal 53
Zentralgebäude
der TH Darmstadt

Plenarsitzung
DER TECHNOLOGISCHE WANDEL
ALS HERAUSFORDERUNG AN DIE
HUMANWISSENSCHAFTEN

Referate

**Professor Dr. iur., Dr. phil., Dr. h.c. mult.
Karl W. Deutsch**
Center for International Affairs
Harvard University, Cambridge (Mass.);
Internationales Institut für
Vergleichende Gesellschaftsforschung,
Wissenschaftszentrum Berlin

Technologie und Humanwissenschaften:
Zur Verteidigung der Einheit des
menschlichen Denkens

Professor Dr. phil. Erich E. Geißler
Institut für Erziehungswissenschaften
der Universität Bonn

Technologie und Humanwissenschaften:
Zur Dialektik des geklärten Denkens

10.15 Uhr Kaffeepause

10.45 - 12.15 Uhr **Plenardiskussion**

12.30 - 13.45 Uhr
Georg-Christoph-
Lichtenberg-Haus,
Dobrußener Str. 24f

Empfang
durch den Präsidenten der TH Darmstadt
Professor Dr. phil. Helmut Böhme
und den Wissenschaftl.-technischen
Geschäftsführer der Gesellschaft für
Schwerionenforschung,
Professor Dr. rer. nat. Gisbert zu Putlitz

14.00 - 16.30 Uhr
Auditorium Maximum
Zentralgebäude
der TH Darmstadt

Plenarsitzung

**BRÄUCHEN WIR EINE NEUE
FORSCHUNGS- UND BILDUNGSPOLITIK?**

Podiumsdiskussion

Vorsitz:

Professor Dr. iur. George Turner
Präsident der
Westdeutschen Rektorenkonferenz

Teilnehmer:

Frau Dr. rer. pol. Dorothee Wilms
Bundesminister
für Bildung und Wissenschaft

Dr.-Ing. Albert Probst
Parlament, Staatssekretär
beim Bundesminister für Forschung und
Technologie

Professor Dr. phil. Joist Grolle
Präsident der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder;
Senator für Schule und Berufsbildung
der Freien und Hansestadt Hamburg

Hans Krollmann
Kultusminister des Landes Hessen

Professor Dr. rer. pol. Gerhard Zeitel
Minister der Finanzen des Saarlandes

Professor Dr. phil. Theodor Berchem
Vizepräsident und design. Präsident
der WRK;
Präsident der Universität Würzburg

Professor Dr. phil. Helmut Böhme
Präsident der Technischen Hochschule
Darmstadt

Plenardiskussion

Schlußwort

Professor Dr. iur. George Turner
Präsident der WRK

WESTDEUTSCHE REKTORENKONFERENZ
JAHRESVERSAMMLUNG 1983



Sonntag, den 8. Mai 1983

Willkommensempfang
durch den Oberbürgermeister
der Stadt Darmstadt
Günther Metzger

Geselliges Beisammensein

19.30 Uhr
Residenzschloß

ab 21.00 Uhr
Taverne
Hotel Weinnichel

Studiengebühren müßten den Hochschulen unmittelbar zur Verfügung gestellt werden

Von GEORGE TURNER

Nicht zuletzt unter dem Eindruck der öffentlichen Kritik an der jüngsten BAföG-Entscheidung hat der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, Modelle zu prüfen, nach denen eine gerechte Belastung mit Studienkosten bei allen, die die Hochschulen besuchen, erreicht wird; d. h. auch bei denjenigen, die zwar nicht Förderleistungen zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes erhalten, denen aber die hohen institutionellen Aufwendungen für die Hochschule zufließen.

Die FDP hat inzwischen Vorschläge zur Finanzierung des Studiums mit Studiengebühren und Ansparmöglichkeiten präsentiert. Die "Bildungsfreiheit" der Wissenschaft wiederholt seine Forderung für kostenabhängige Studiengebühren, und von Arbeitgeberseite (BDA) werden "Markt-, Gebühren- und Darlehensmodelle" zur Diskussion gestellt.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hatte im November - bei allem Verständnis für die schwierige Finanzlage - die eilige und isolierte Umstellung des BAföG auf Darlehen kritisiert, weil sie losgelöst von einer Diskussion über ein künftiges Gesamtkonzept der Studienfinanzierung und ohne Abwägung aller damit verbundenen Auswirkungen erfolgte. Sie sieht sich bestätigt, wenn der Bundestag nunmehr die umfassende Prüfung nachfordert, die an sich vor die Grundsatzentscheidung gehört hätte.

Diese Umkehrung von Begründung und Beschluß ist mit Finanznot nicht zu erklären (die Studenten-BAföG-Einsparungen wirken erst in Jahren) und läßt sich auch nicht durch nachgeschobene demoskopische Rechtfertigungsversuche kompensieren. So bleibt der Eindruck, daß es vielmehr um ein "ordnungspolitisches Signal" gegangen ist - und insoweit erscheint es nur konsequent, die Debatte auf das Thema der Studiengebühren zu erweitern.

Nicht einfach auf BAföG aufstocken

Zu fordern ist freilich erneut, daß

die FDP bereits gefordert) eine Überprüfung der BAföG-Entscheidung erlaubt. Denn zusätzliche Studiengebühren können nicht einfach auf die BAföG-Darlehensbelastung aufgestockt werden.

Wie ist die Lage entstanden, und wie stehen die Prognosen der mittelfristigen Entwicklung?

Im April 1970 - da waren die heutigen Studienanfänger gerade "Abe-Schützen" - beschlossen alle Ministerpräsidenten sozusagen in "großer Koalition" die Abschaffung der Studiengebühren.

Im September 1971 trat das Bundesgesetz über die individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz) in Kraft; ihm zufolge bestand, für eine Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung - in Schule und Hochschule - ein Rechtsanspruch, wenn dem Lernenden die für seinen Lebensunterhalt und seine Ausbildung erforderlichen Mittel anderweitig nicht zur Verfügung stehen.

1973 beschlossen die Regierungschefs von Bund und Ländern den Bildungsgesamtplan, der deutlich von einer expansiven Bildungspolitik geprägt war.

1978 bestätigte das Hochschulrahmengesetz das Recht jedes Deutschen zu dem von ihm gewählten Studium, wenn er die für das Studium erforderliche Qualifikation nachweist.

Der Beschluß der Regierungschefs von 1977 zur Sicherung der Ausbildungschancen der geburtenstarken Jahrgänge betont, daß die hier "erforderlichen Maßnahmen erhebliche zusätzliche Aufwendungen erforderlich machen,

der Beschluß der Regierungschefs von 1977 zur Sicherung der Ausbildungschancen der geburtenstarken Jahrgänge betont, daß die hier "erforderlichen Maßnahmen erhebliche zusätzliche Aufwendungen erforderlich machen,



Professor George Turner ist Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, einer freiwilligen ständigen Vereinigung der Hochschulen im Bundesgebiet. In ihrem Plenum sitzen die amtierenden Rektoren bzw. Präsidenten. Turner, 1935 in Insterturg geboren und habilitierter Jurist, steht dem Gremium seit dem Jahre 1979 vor und machte sich schnell einen Namen als streitbarer Vertreter der Hochschulinteressen. Immer wieder hat er in den vergangenen Jahren Anstöße dazu gegeben, das Universitätssystem in der Bundesrepublik zu reformieren. Seine Grundüberzeugung ist, daß die jungen Menschen hier zu lange und zu teuer studieren und vielfach am Ende der Hochschulausbildung überqualifiziert seien. Eine Lösung sieht er im angelsächsischen Vorbild: nach einer zwölf

terhalten und seine Ausbildung erforderlichen Mittel anderweitig nicht zur Verfügung stehen.

Es kann nicht Sache der Westdeutschen Rektorenkonferenz sein, ihrerseits neue Modelle der Studienfinanzierung vorzulegen. Zunächst sind diejenigen gefordert, die von der bisherigen gemeinsamen Linie abweichen wollen. Für die Hochschulen werden - wie immer die Lösungen aussehen mögen - zunächst einmal nur Ärger und Unruhe und zusätzliche Arbeitsbelastung entstehen. Und gerade das können sie in einer Zeit verstärkter Anspannung und Belastung besonders wenig gebrauchen.

Andererseits können die Hochschulen nicht teilnahmslos zusehen, wie ihnen von den politisch Verantwortlichen unter dem Schlagwort "Öffnung der Hochschulen" weiterhin steigende Studentenzahlen zugemutet und zugleich Personal-, Sach- und Investitionsmittel beschnitten werden. Dieser innere Widerspruch gegenwärtiger Bildungs- und Finanzpolitik steuert zwangsläufig auf die Alternative hin: entweder den totalen Numerus clausus und damit Ausbildungsverweigerung oder aber derartige Verschlechterung der Ausbildungsqualität - und der Forschungsbedingungen an den Hochschulen - wie sie gegenüber einer jungen Generation mit ohnehin verschlechterten Berufsaussichten nicht verantwortet werden kann.

Keine ausreichenden Alternativen zum Studium

Dabei wiegt heute und für die nächsten Jahre um so schwerer, daß es - unbestritten - für die geburtenstarken Abiturientenjahrgänge keine ausreichenden Alternativen zum Studium und damit keine hinreichenden Chancen der Orientierung gibt.

In diesem Zusammenhang erscheinen "Studiengebühren" als ein dritter Weg, der die Offenhaltung der Hochschulen bei Wahrung der Qualität von Forschung und Lehre erlauben könnte.

ken, wobei Refinanzierungsmöglichkeiten durch sozial ausgestattete Darlehensangebote weit über den Kreis der bisherigen BAföG-Empfänger hinaus in Betracht gezogen werden müßten.

Über konkrete Beiträge soll nicht spekuliert werden; sicher ist allerdings, daß kostengünstige oder gar voll kostendeckende Gebühren (die es auch im Ausland nicht gibt) von vornherein auscheiden. Ebenso dürften Vorstellungen, daß jede Universität ihre eigene Gebührenpolitik betreiben soll (Stichwort: teure Elite-Universitäten bzw. -fächer, billige Massenhochschulen), schon deshalb in den Bereich der Utopie gehören, weil dazu vorab die meisten Rahmenbedingungen unseres Hochschulsystems einschließlich der Verfassungsrechtsprechung zu Art. 12 GG geändert werden müßten.

- Diese Gebühreneinnahmen müßten den Hochschulen unmittelbar zur Verfügung gestellt werden und ihnen eine eigene Verwendung in Ansatz und Aufteilung erlauben.

In dem Maße, in dem sie den Lehr- und Ausbildungsanstrengungen der einzelnen Hochschule und dem einzelnen Studiengang zugute kommen, kämen damit auch marktwirtschaftliche Kriterien zum Tragen, die sich in einer Steigerung von Ausbildungsquoten und Ausbildungsqualität ausdrücken würden. Umgekehrt wäre für die Hochschulen, die Fachbereiche und die Hochschullehrer jeder Anreiz genommen, wenn der Staat die zusätzlichen Gebühreneinnahmen lediglich dazu benutzte, den ansonsten fälligen Zuschuß zu kürzen und den Staatshaushalt an anderer Stelle zu konsolidieren. Auch den Betroffenen wäre dann das finanzielle Opfer kaum mehr verständlich zu machen.

Montag lesen Sie in der WELT: Ludwig von Friedeburg, SPD-Bildungspolitiker und ehemaliger Kultusminister, wehrt sich vehement gegen Studiengebühren in der Bundesrepublik.

hier fehlt was! (4zeile)

Bund dafür sorgen, daß höchstens ein Viertel weiterstudieren kann.

die vor allem von den Ländern zu tragen sind.

Die bisherige Bildungsexpansion einschließlich ihrer durchaus rechtzeitig erkannten Folgekosten beruhte also auf einem breiten politischen Konsens aller Verantwortlichen; kein Beteiligter sollte sich mit Unschuldsmiene daraus davonschleichen. Die jetzige Studienbewerbergeneration und ihre Eltern sind in ihren Erwartungen, Ansprüchen und Verhaltensweisen von dieser Bildungspolitik geprägt und können daher nicht "über Nacht" auf eine Kehrtwendung umgestellt werden.

Besonders in den Augen junger Menschen muß staatliches Handeln nach Möglichkeit berechenbar sein und bei notwendigen An-

te, so lassen sich hierfür aus der Sicht der Hochschulen einige Grundsätze zu den Fragen aufstellen: Wer soll zahlen, wie hoch sollen Studiengebühren sein, und an wen werden sie zu welcher Verwendung gezahlt?

- Studiengebühren als Nutzungsentgelt für öffentliche Ausbildungseinrichtungen müßten von allen Studenten gleichermaßen bezahlt werden, für die bereits Studierenden müßte eine zeitlich gestufte Einführung erfolgen. Die Neuordnung einer sozial abgedeckten Studienförderung muß die Gebührenbelastung berücksichtigen, um nicht weitere einseitige Verschuldungen zu verursachen.

- Die Höhe der Gebühren müßte sich einerseits danach bestimmen, daß sie - deutlich über dem notwendigen Verwaltungskostenaufwand - genügend Mittel für die Finanzierung der sogenannten "Überlast" einbringt; andererseits darf sie nicht abschreckend wir-